

Protokollauszug

aus der

44. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ortsbeirates Groß Glienicke
vom 15.01.2019

öffentlich

**Top 6.3 Klageschrift zur Normenkontrollklage B-Plan Nr. 8
19/SVV/0005
geändert beschlossen**

Herr Menzel bringt den Antrag ein. Herr Sträter sagt, dass Herr Menzel bei Gericht Einsicht in die Klageschrift beantrage habe. Die beteiligten Parteien hätten diesen Antrag abgelehnt, weshalb das Gericht die Einsicht nicht gewähren konnte. Dies wäre auch die Antwort der Landeshauptstadt Potsdam, wenn man den vorliegenden Antrag so beschließen würde. Herr Menzel sagt, dass jeder das Recht habe, solche Anträge bei Gericht zu stellen. Unter Umständen seien die Unterlagen deshalb für die Landeshauptstadt Potsdam einsehbar. Er spricht sich gegen die Auffassung von Herrn Sträter aus.

Im Anschluss entwickelt sich eine kontroverse Diskussion zum Sachverhalt. Herr Kaminski formuliert anschließend folgenden **Änderungsantrag**:

*Der Oberbürgermeister wird gebeten, den Mitgliedern des Ortsbeirates von Groß Glienicke die Klageschrift und Schriftsätze der Landeshauptstadt Potsdam zur Normenkontrollklage in Kopie, bei Bedarf in anonymisierter Form (Schwärzungen wegen Datenschutz) zur Verfügung zu stellen. **wesentlichen Inhalte der Klageschrift im Normenkontrollverfahren und die Stellungnahme der Landeshauptstadt Potsdam mitzuteilen.***

Die Änderungen werden vom Antragsteller übernommen. Der so geänderte Antrag wird anschließend zur Abstimmung gestellt:

Der Ortsbeirat beschließt:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, den Mitgliedern des Ortsbeirates von Groß Glienicke die wesentlichen Inhalte der Klageschrift im Normenkontrollverfahren und die Stellungnahme der Landeshauptstadt Potsdam mitzuteilen.



BESCHLUSS
der 44. öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates Groß Glienicke am
15.01.2019

Klageschrift zur Normenkontrollklage B-Plan Nr. 8
Vorlage: 19/SVV/0005

Der Oberbürgermeister wird gebeten, den Mitgliedern des Ortsbeirates von Groß Glienicke die wesentlichen Inhalte der Klageschrift im Normenkontrollverfahren und die Stellungnahme der Landeshauptstadt Potsdam mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	0

Gemäß § 22 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) waren keine Mitglieder des Ortsbeirates von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Dem Originalbeschluss wird eine Seite beigefügt.

Potsdam, den 17. Januar 2019

M. Mehlis
Schriftführer

Stempel